

Weil kommunale Einnahmen wie Gewerbesteuer und Finanzausgleich des Landes massiv ausfallen, kann die Stadt Dinklage in diesem und nächsten Jahr den Haushalt nicht ausgleichen, so die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dinklage in einer Stellungnahme. Schon seit 2005 enthalte die Landesregierung aus CDU und FDP den Kommunen im Finanzausgleich jährlich mehr als 100 Mio. Euro vor, mit denen sie sich selbst sanieren wolle. Durch Steuerausfälle im Rahmen des sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetzes der schwarz-gelben Bundesregierung würden jetzt die Kommunen nochmals belastet, so dass jetzt immer weniger Geld für Leistungen vor Ort vorhanden wäre, sagt der Fraktionsvorsitzende Matthias Windhaus. Die Letzten beißen die Hunde, und das seien die Kommunen, die durch die Steuerentlastung für eine bestimmte Klientel in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt würden. So solle vor Ort in Bildung investiert werden, finanzielle Mittel den Kommunen aber weggenommen. Das passe nicht zusammen. Die Bundesregierung fahre mit ihrer durch die FDP veranlassten Steuerpolitik auf Pump finanzpolitisch vor die Wand, beruft sich die SPD auch auf das Gutachten der Wirtschaftsweisen.